

Bundestag will Förderung für den Nahverkehr erhöhen

Infrastruktur | Geldsegen aus Berlin / Zwei Gesetzesänderungen bringen dem Südwesten Millionen Euro

■ Von Christopher Ziedler

Berlin. Dröger Name, große Wirkung: Hinter den Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und des Regionalisierungsgesetzes, die der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen der Regierungskoalition beschließen will, verbirgt sich die größte Finanzspritze für den öffentlichen Personennahverkehr in der Geschichte der Republik.

»Diese massive Mittelaufstockung ist erforderlich, um die ambitionierten Klimaziele im Verkehr zu erreichen«, sagte Verkehrsstaatssekretär Stefan Bilger (CDU) unserer Zeitung: »Die Länder sind nun gefordert, schnell etwas daraus zu machen.«

Über eine vergangenes Jahr beschlossene Grundgesetzänderung kann der Bund Ländern und Kommunen künftig mehr Geld für Ausbau, Betrieb und Erhalt der lokalen

wie regionalen Verkehrsinfrastruktur überweisen. Gut 8,6 Milliarden Euro im Jahr erhielten die Länder zuletzt an Regionalisierungsmitteln, mit denen sie vor allem Züge der

Deutschen Bahn und anderer Betreiber fahren lassen. Bis 2023 gibt es 1,2 Milliarden Euro zusätzlich, bis 2031 sollen es insgesamt 5,2 Milliarden Euro mehr sein. Davon entfallen auf Baden-Württemberg gut elf Prozent.

Noch größer fällt die Steigerung beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aus. Die sogenannten GVFG-Mittel beliefen sich zuletzt auf 332 Millionen Euro. Mit der Gesetzesänderung verdoppelt sich der Betrag in diesem Jahr, von 2021 an fließt – wie schon im Koalitionsvertrag vereinbart – eine Milliarde Euro in die Länderetats.

Die Länder frohlocken angesichts des bevorstehenden Geldsegens. Im Südwesten ist die Freude besonders groß, da

keiner sonst diese Töpfe so erfolgreich anzapft. Der grüne Landesverkehrsminister Winfried Hermann bezeichnet die höhere Förderung als überfällig, weil gerade in ländlichen Regionen im Südwesten noch ein erheblicher Nachholbedarf bestehe, insbesondere bei Elektrifizierung, Modernisierung und Ausbau von Schienenstrecken.

Drei Projekte könnten nach Angaben des Ministeriums besonders vom zusätzlichen Geld profitieren. Es handelt sich um die Hochrheinbahn von Singen nach Basel, die bundesländerübergreifende S-Bahn im Raum Ulm/Neu-Ulm sowie die Nahverkehrsanbindung Neckar-Alb von Stuttgart nach Tübingen, Reutlingen und der Region.



Landesverkehrsminister Winfried Hermann

Foto: Murat